

380 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 3. Juni 1970,
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Wertgrenzen im Ge-
setz über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten
außer Streitsachen geändert werden

Mit dem vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates
sollen die Wertgrenzen im Gerichtsverfahren außer Streitsachen,
die zuletzt 1958 festgelegt wurden, den derzeitigen Verhält-
nissen angepaßt werden. Berücksichtigung finden dabei nicht nur
die seit der letzten Regelung eingetretenen Verschiebungen im
Preisgefüge, sondern auch die Verbesserung der Lebens- und Ver-
mögensverhältnisse im allgemeinen. Im Zuge der Neugestaltung
sollen auch bisher unterschiedliche Wertgrenzen auf 2 Gruppen
von Beträgen (S 15.000,-- und S 2000,--) vereinfacht werden.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 19. Juni
1970 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem
Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß für
Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, der Bundesrat
wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 3. Juni
1970, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Wertgrenzen im
Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten
außer Streitsachen geändert werden, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 19. Juni 1970

Dr. Erika S e d a
Berichterstatter

N o v a k
Obmann